



Europäischer Landwirtschaftsfonds für
die Entwicklung des ländlichen Raums



**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung/Zuweisung
entsprechend der Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlichen Maßnahmen im Rahmen des
Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
(ForstELERFöRL)**

Bewilligungsbehörde	Eingangsregistrierung (von Behörde auszufüllen)	
Landesforst Mecklenburg-Vorpommern Anstalt des öffentlichen Rechts – Der Vorstand Fritz-Reuter-Platz 9 17139 Malchin		
über Forstamt	Aktenzeichen A (Reg.-Nr.): (von Behörde auszufüllen)	
	Aktenzeichen B: (von Behörde auszufüllen)	
Betriebsnummer (BNRZD, 12-stellig)	Durchführungszeitraum	
	von:	bis:

Bitte beachten Sie auch den Stammdatenbogen

Allgemeine Angaben zum Antragsteller			
<input type="checkbox"/> Unternehmen	<input type="checkbox"/> Personen	<input type="checkbox"/> Kommune	<input type="checkbox"/> Andere
Unterschriftsbefugnis liegt bei		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Name/Unternehmen/Kommune (Antragssteller):			
Größe des Unternehmens (Zahl Mitarbeiter):			
Gesamtwaldfläche des Antragstellers im Land Mecklenburg-Vorpommern :			ha
Name (bevollmächtigte Person):			
Anschrift (Antragssteller bzw. bevollmächtigte Person)			
Straße, Nr.			
Postleitzahl		Ort	
Landkreis			
Telefon		Telefax	
Telefon Mobil		E-Mail	
Bankverbindung			
Kreditinstitut		Kontoinhaber	
IBAN		BIC	

Art der beantragten Beihilfe		
<input type="checkbox"/> Projektförderung (Zuschuss) als Vollfinanzierung	<input type="checkbox"/> Projektförderung (Zuschuss) als Anteilfinanzierung	
Weitere Förderungen/Finanzmittel/Einnahmen (Bsp. Eintrittsgelder)		
<input type="checkbox"/> vorgesehen	<input type="checkbox"/> nicht vorgesehen	<input type="checkbox"/> beantragt am:
<input type="checkbox"/> bereits erhalten		
Art der Finanzierung		
durch:		vom:
Beantragte Fördermaßnahme	Maßnahmen-Nr.	erforderliche Anlage nach Zeile
<input type="checkbox"/> Laubholzunterbau in kalamitätsgefährdeten Gebieten	M08.3	1 bis 12, ggf. 17-22
<input type="checkbox"/> Nachbesserung Laubholzunterbau	M08.3	1 bis 12, ggf. 17-22
<input type="checkbox"/> Waldbrandvorsorge	M08.3	1 bis 10, 13-14, ggf. 17-22
<input type="checkbox"/> Investitionen zur Steigerung des Freizeitwertes der Wälder	M08.5	1 bis 10, 14-16, ggf. 17-22
Dem Antrag beigefügte Anlagen/Unterlagen		
1	<input type="checkbox"/>	Stammdatenbogen (nur bei Erstbeantragung)
2	<input type="checkbox"/>	Finanzierungsplan (Anlage L)
3	<input type="checkbox"/>	Handelsregisterauszug bei Firmenbezeichnung bzw. Gesellschaftervertrag
4	<input type="checkbox"/>	Kostenvoranschlag mit mindestens 3 schriftlichen Angeboten, sofern der Antragssteller nicht an weitergehende Vorschriften des Vergaberechts gebunden ist (vgl. Nr. 7.1.3 der Förderrichtlinie)
5	<input type="checkbox"/>	Bei Forstbetrieben > 100 ha: Zertifikat für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung sowie ein gültiges Forsteinrichtungswerk (öffentliche Forstbetriebe haben immer ein Zertifikat für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung vorzulegen)
6	<input type="checkbox"/>	Eigentumsnachweis mit Flurkarte
7	<input type="checkbox"/>	Kartenmaterial zur Lagebeschreibung der Maßnahme
8	<input type="checkbox"/>	Sind Antragsteller und Eigentümer der Fläche nicht identisch, dann <u>zusätzlich</u> eine Zustimmung des Grundeigentümers zur beantragten Maßnahme beifügen (Anlage M)
9	<input type="checkbox"/>	Ggf. Formular „Einordnung des Auftrags in das Vergaberechtsregime“
10	<input type="checkbox"/>	Forstfachliche Stellungnahme
11	<input type="checkbox"/>	Anlage U Laubholzunterbau
12	<input type="checkbox"/>	Standortgutachten/Standortkarte (entfällt bei Nachbesserung)
13	<input type="checkbox"/>	Anlage J Waldbrandvorsorge
14	<input type="checkbox"/>	Bei Wegebaumaßnahmen: Genehmigung der bzw. Anzeige an die zuständige Naturschutzbehörde
15	<input type="checkbox"/>	Anlage FW Freizeitwert
16	<input type="checkbox"/>	Bei Maßnahme-Nr. M08.5 (Freizeitwert der Wälder): Auszug RUBIKON (gemeindebezogene Datenauswertung zur aktuellen Haushaltsplanung); gilt nur für kommunale Antragsteller
Soweit bereits vorhanden, sind folgende Unterlagen vorzulegen, wenn der Antragssteller gemäß Nr. 6.3 (Vergabevorschriften ForstELERFÖRL) der Richtlinie die Vorschriften des Vergaberechts einzuhalten hat (ansonsten sind diese Unterlagen spätestens mit der Zahlungsanforderung vorzulegen):		
17	<input type="checkbox"/>	Ggf. Nachweis der Bekanntmachung nach § 12 Abs. 1 Nr.1 oder Abs.2 VOB/A 2012 bzw. §12 Abs. 1 VOL/A 2009
18	<input type="checkbox"/>	Vergabeunterlagen (Aufforderung zur Angebotsabgabe etc.) gemäß §§ 8 VOB/A bzw. VOL/A
19	<input type="checkbox"/>	Bei beschränkter Ausschreibung und Freihändiger Vergabe: Liste der Unternehmen, von denen Angebote abgefordert wurden mit den festgestellten Summen unter Verwendung der „Liste Übersicht zur Angebotseinholung“, noch keine Auftragserteilung!

20	<input type="checkbox"/>	Bei Freiberuflichen Leistungen unterhalb des Schwellenwertes die „Übersicht zur Angebotseinholung“ (Freihändige Vergabe) inkl. 3 Vergleichsangeboten (zwingend erforderlich!)
21	<input type="checkbox"/>	Niederschrift über die Öffnung der Angebote bei Öffentlicher bzw. Beschränkter Ausschreibung nach §§ 14 VOB/A bzw. VOL/A
22	<input type="checkbox"/>	Nachweis über Bietererklärung (KMU) gemäß Wertgrenzenerlass

Erklärungen des Antragstellers

Mir ist die aktuelle Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ForstELERFöRL M-V) und das maßnahmenbezogene Merkblatt hinreichend bekannt.

Ich gehöre zum Kreis der Zuwendungsberechtigten gemäß der Förderrichtlinie.

Das Merkblatt zur Datenverarbeitung und Veröffentlichung von Informationen habe ich zur Kenntnis genommen.

Die im Antrag — einschließlich Anlageblätter — gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

Die Finanzierung der beantragten Maßnahme erfolgt gemäß dem beiliegenden Finanzierungsplan (Anlage L).

Die Fläche, auf die sich die zur Förderung beantragte Maßnahme bezieht, wurde nicht unentgeltlich zu Naturschutzzwecken erworben.

Ich habe mit der Maßnahme noch nicht begonnen und beginne erst nach der Bewilligung der Zuwendung/Zuweisung bzw. nach der schriftlichen Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns durch die Bewilligungsbehörde.

Ich verpflichte mich, die Zuwendung/Zuweisung für den in der/dem Förderrichtlinie/Zuweisungserlass in der jeweils gültigen Fassung festgelegten Zweck zu verwenden.

Mir ist bekannt, dass für die Angaben im Antrag keine Verpflichtung auf Grund einer Rechtsvorschrift besteht. Die Erteilung dieser Auskünfte ist jedoch Voraussetzung für die Gewährung von Rechtsvorteilen und daher für die Bearbeitung des Antrags erforderlich.

Ich verpflichte mich, alle förderrelevanten Unterlagen, die dem Nachweis der Durchführung der Maßnahme dienen, insbesondere alle Zahlungsbelege, bis zum Ablauf der Zweckbindungsfrist, mindestens jedoch 5 Jahre nach Schlusszahlung aufzubewahren.

Ich versichere, dass ich für die im Antrag genannten Maßnahmen keinen weiteren Antrag auf Förderung nach anderen Richtlinien/Erlässen des Bundes oder des Landes gestellt habe bzw. stellen werde und keine Fördermittel Dritter empfangen habe bzw. werde. Fördermittel Dritter werden abgesetzt. **Eine Doppelförderung wird meinerseits ausgeschlossen.**

Mir ist bekannt, dass erhaltene Zuschüsse ganz oder zum Teil zurückgefordert werden können, wenn die Durchführung der Maßnahme(n) nicht den üblichen forstfachlichen Anforderungen genügt, die Pflege und Erhaltung geförderter Maßnahmen vernachlässigt bzw. den Auflagen der Bewilligungsbehörde nicht nachgekommen wird.

Mir ist bekannt, dass die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) bzw. für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K) gelten, soweit im Zuwendungsbescheid nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Ich weiß, dass für die Rücknahme, den Widerruf des Zuwendungsbescheides, die Erstattung und Verzinsung der Zuwendung die einschlägigen Vorschriften der Paragraphen 48, 49 und 49a des Verwaltungsverfahrensgesetzes von Mecklenburg-Vorpommern gelten.

Mir ist bekannt, dass die Angaben zum Antrag subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) vom 29.07.1976 sind.

Nach § 3 (1) des SubvG sind durch mich unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragsstellers

Ort	Datum	Name, Vorname in Druckschrift	Unterschrift